

Stellungnahme

von **genanet** und der **AG Frauen im Forum Umwelt und Entwicklung**
unterstützt von **Women in Europe for a Common Future (WECF)**

Überarbeitung der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie (EU SDS)

“Nachhaltige Entwicklung muss zentrales Ziel aller Fachpolitiken und Maßnahmen werden. Das bedeutet, dass PolitikerInnen wahrscheinliche – positive wie negative – Wirkungen auf andere Politikbereiche identifizieren und berücksichtigen müssen. Die sorgfältigen Überprüfungen der gesamten Effekte politischer Vorschläge müssen Annahmen über ihre ökonomischen, umweltbezogenen und sozialen Auswirkungen innerhalb und außerhalb der EU beinhalten. Die betrifft auch, wo relevant, die Effekte auf Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit der Geschlechter.” (p. 6 EU SDS 2001, Übersetzung **genanet**)

Mit der folgenden Stellungnahme beziehen wir uns auf diese grundlegende Forderung der EU SDS, die sich zu unserem Bedauern in deren weiterer Bearbeitung und in den einzelnen Themenbereichen kaum wiederfindet.

Eckpunkte einer nachhaltigen Entwicklung aus der Geschlechterperspektive

Eine Gesellschaft, in der die Versorgungs- und Erwerbsarbeit, die Einkommens- und Vermögensverhältnisse, die Verfügbarkeit über und Gestaltung von natürlichen Ressourcen, die Entscheidungsmacht und -zuständigkeiten, die Pflichten und Verantwortlichkeiten sowie die Bildungs- und Karrierechancen geschlechtsspezifisch ungleich verteilt sind, ist keine nachhaltige Gesellschaft. Sie ist vielmehr eine Gesellschaft, die auf abstrakten ökonomischen Wachstumszielen und Effizienzrechnungen basiert, die sich einseitig am Modell der Erwerbsarbeit orientiert und macht blind für eine andere, am Vorsorgeprinzip ausgerichtete Konzeption von Gesellschaft und Wirtschaft.

Welcher Eckpunkte bedarf eine solche geschlechtergerecht angelegte Konzeption? Welche inhaltlichen, strukturellen und prozeduralen Minimalvoraussetzungen sind dafür notwendig? Welche kurz- und mittelfristigen Strategien zu ihrer Realisierung sollten entwickelt und verfolgt werden?

Die Genderdimension ist querschnittsorientiert anzulegen

Unsere Gesellschaft mit all ihren Institutionen, Prozessen und Strukturen ist nicht geschlechtsneutral. D.h. am politischen und wirtschaftlichen Handeln sind Männer und Frauen sowie die ihnen zugewiesenen Bereiche unterschiedlich beteiligt und von den Auswirkungen betroffen. Deshalb erfordert eine nachhaltige Entwicklung, dass Genderaspekte in alle Politiken und Planungen einbezogen werden. Dazu kann u.a. der Ansatz des Gender Mainstreaming beitragen, der durch Beschlüsse der Europäischen Kommission verbindlich verankert ist.

In einer weiterentwickelten Nachhaltigkeitsstrategie (SDS) muss die Geschlechterdimension querschnittsorientiert angelegt sein. Denn dann werden nicht nur die strukturellen Ungerechtigkeiten

sichtbar, sondern auch die Schief lagen in der Problemwahrnehmung und den Bewältigungsansätzen, die durch eine einseitig an der männlichen Lebenswirklichkeit orientierte Sichtweise entstehen.

Wir fordern die für die Erarbeitung und Verwirklichung der Europäischen SDS zuständige Kommission sowie alle Generaldirektionen auf, die Genderdimension als Querschnittsaufgabe bei der Weiterentwicklung der Strategie, bei der Festlegung ihrer gesamten inhaltlichen Schwerpunkte und zentralen Fragestellungen sowie bei deren Bearbeitung und Überprüfung zu berücksichtigen.

Hilfreich wäre es, an einem oder mehreren Modell-Projekt/en zu veranschaulichen, welche (anderen) Fragestellungen, Zugänge und Perspektiven ins Blickfeld rücken, wenn durchgängig auf die Geschlechterverhältnisse fokussiert wird.

Eine kritische Reflexion der Grundkategorien unserer Gesellschaft ist notwendig

Die SDS muss eine Auseinandersetzung mit deren Grundkategorien wie Wirtschaft, Arbeit und den damit verbundenen Wachstums- und Naturbegriffen leisten und diese in Richtung zukunftsfähiger Leitbilder und Prinzipien neu entwerfen.

Wirtschafts- und Arbeitsbegriff

Im herrschenden Wirtschaftsverständnis wird die noch immer vorrangig von Frauen geleistete Versorgungs-, Fürsorge-, Eigen- und Gemeinschaftsarbeit als nicht produktiv ausgeblendet. Sie ist gering oder gar nicht bezahlt, obwohl dadurch das Fundament einer Gesellschaft sichergestellt und soziales Kapital gebildet wird. Ökonomisch wertgeschätzt wird vielmehr die einseitige Fokussierung auf den (warenförmigen) Markt und die an einem männlichen lebensbiografischen Modell (Vollzeitarbeitsverhältnis) ausgerichtete Erwerbsarbeit. Eine auf dem Prinzip der Nachhaltigkeit beruhende geschlechtergerechte Ökonomie setzt voraus, dass all jene Alltagsrealitäten und Arbeiten eine gesellschaftliche und ökonomische Wertschätzung erfahren, die bislang vorwiegend von Frauen privat übernommen werden und bis heute zu ihren Lasten gehen. Die vielfältigen fürsorge- und versorgungsbezogenen Tätigkeiten von Frauen müssen sichtbar gemacht, in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung anerkannt und in das makroökonomische Denken als Grundvoraussetzungen des Wirtschaftens konzeptionell integriert werden.

Wir fordern alle Beteiligten dazu auf, die alltäglichen Versorgungsnotwendigkeiten von Menschen als Basis und normative Voraussetzungen jeglichen gesellschaftlichen Wirtschaftens zu zentralen Bezugsgrößen nachhaltiger Entwicklungsansätze zu machen. Denn dann könnte Lebensmodellen zum Durchbruch verholfen werden, die es allen Gesellschaftsmitgliedern unabhängig von ihrem Geschlecht ermöglicht, sich beruflich, familiär oder/und gemeinnützig zu engagieren, ohne deshalb von gesellschaftlicher Wohlfahrt abgekoppelt zu sein.

In diesem Zusammenhang gilt es auch, sich mit bereits formulierten Zugängen – wie etwa dem insbesondere von Frauen aus den Ländern des „globalisierten Südens“ erarbeiteten Konzept des „sustainable livelihood“ oder den von feministischen Ökonominen entwickelten Prinzipien aus dem versorgungswirtschaftlichen Bereich (Kooperation, Vorsorge, Orientierung am für das gute Leben Notwendigen) – konstruktiv auseinanderzusetzen.

Wachstumsbegriff

Unser warenförmiges Wirtschaften beruht auf der Notwendigkeit und der Gewährleistung dauerhaften Wachstums. Diese grundsätzliche Orientierung wird auch in der Debatte über eine zukunftsverträgliche Gestaltung unserer Gesellschaft insbesondere seit dem „Zusammenbruch des Sozialismus“ als eine nicht mehr zu hinterfragende quasi unumstößliche Tatsache akzeptiert. Wir halten jedoch die

inzwischen globale Ausrichtung am Wachstumsparadigma kapitalökonomischer Prägung für nicht zukunftsfähig und grundlegend revisionsbedürftig. Als essentiell für eine nachhaltige Entwicklung befürworten wir stattdessen die Entwicklung von und eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit alternativen, nicht wachstumsfixierten Wirtschaftsformen.

Naturbegriff

Sowohl auf der wissenschaftlichen als auch der politischen Ebene bedarf es dringend einer Auseinandersetzung mit der wenig reflektierten Unterwerfungs- und Verwertungslogik in der Mensch-Natur/Umweltbeziehung. Denn diese prägt zum einen das Verständnis von Natur in der herrschenden Ökonomie als kostenloses und dauerhaft verfügbares Kapital und zum anderen in den Natur- und Technikwissenschaften als nahezu beliebig gestaltbares Objekt. Dieses Verständnis einer zurecht-, kontrollier- und verfügbaren Natur gilt als ursächlicher Bestandteil der heutigen globalen Umweltkrise. Grundsatzdebatten über das gesellschaftliche Verständnis von Natur und Technik ist endlich ein wesentlicher Platz im Nachhaltigkeitsdiskurs einzuräumen.

Es ist daher dringend erforderlich, das Erfahrungs- und Forschungswissen über die Zusammenhänge von Naturverständnissen, der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung sowie den Geschlechterverhältnissen sowohl bei den Ursachenanalysen der globalen Krise als auch bei der Entwicklung von perspektivischen Lösungsansätzen einzubeziehen.

Die sozialen, ökologischen und ökonomischen Aspekte der Nachhaltigkeitsstrategie sind unter einer Genderperspektive integrativ zu verknüpfen

Dem Anspruch, die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit integrativ zu bearbeiten, wird die Europäische Nachhaltigkeitsstrategie nur ansatzweise gerecht. Wenn Verknüpfungen hergestellt werden, dann vorrangig zwischen ökologischen und ökonomischen Aspekten. Nahezu gänzlich unterbelichtet oder ausgeblendet bleiben hingegen die Verbindungslinien zwischen der sozialen und ökologischen oder allen drei Dimensionen – z.B. zwischen den Umgangsformen mit Natur, den Geschlechterverhältnissen und dem Produktions-/Arbeits- und Wirtschaftsverständnis. Insbesondere bei der Frage, welche Ursachen und Bedingungen einer nachhaltigen und geschlechtergerechten Entwicklung entgegenstehen, ist der Blick auf die systemischen Kontexte unerlässlich. Das gleiche gilt für die Erarbeitung von Lösungsstrategien. Werden Problemzusammenhänge aus einer Genderperspektive betrachtet, wird einerseits der Blick für eigentlich zusammengehörende, aber als getrennte oder Gegensätze konstruierte Bereiche geschärft. Andererseits eröffnen sich darüber aber auch neue Möglichkeiten, wie diese Bereiche inhaltlich zusammengeführt und bearbeitet werden können.

Wir fordern daher alle im Bereich Nachhaltigkeit Forschenden und Planenden auf, Themen- oder Praxisfelder, die von den Begriffen her gegensätzlich wirken als kontextabhängige, sich gegenseitig bedingende und ergänzende Arbeitsfelder integrativ zu betrachten. Denn bislang werden die meisten dieser Bereiche sowohl wissenschaftlich-fachlich als auch politisch sektoral getrennt behandelt (z.B. Mobilität und Bauen/Wohnen, Ressourcennutzung und Naturschutz, Entwicklung bzw. Produktion und Verwertung bzw. Konsum von Stoffen/Produkten).

Erkenntnisse der Frauen-/Genderforschung sind zu nutzen, ihre Förderung ist auszubauen

Die bisherigen Nachhaltigkeitsstudien verdeutlichen, wie wenig die Erkenntnisse der Frauen-/Geschlechterforschung zu nachhaltigkeitsrelevanten Themen und Fragestellungen rezipiert werden. Um die Ursachen der globalen Krise jedoch problemorientiert analysieren und die Maßnahmen zur Ver-

wirklich einer nachhaltigen Entwicklung zielgruppenspezifisch entwickeln zu können, muss Datenmaterial, das nach Geschlechtern differenziert ist, verwendet werden.

Wir fordern deshalb die Europäische Kommission auf, alle zwei Jahre parallel zur Evaluation der Nachhaltigkeitsstrategie eine öffentliche Fachkonferenz zum Thema „Geschlechteraspekte der Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie. Wissenschaftlicher Sachstand – politische Fortschritte der Integration und Umsetzung“ durchzuführen. Daran sollten ExpertInnen aus Forschungs- und Politikzusammenhängen sowie VertreterInnen aus den Generaldirektionen aktiv beteiligt werden. Eine solche Veranstaltung könnte nicht nur dazu beitragen, dass die Erkenntnisse der nachhaltigkeitsrelevanten Frauen-/Geschlechterforschung stärker wahrgenommen und reflektiert werden. Darüber hinaus würde für die gesellschaftliche Relevanz der Geschlechterdimension und die Möglichkeiten ihrer Integration bei der Bearbeitung inhaltlicher Problemkonstellationen sensibilisiert.

Zusätzlich fordern wir die Generaldirektionen dazu auf, im Rahmen der eigenen Forschung und ihrer Fördermöglichkeiten zur Stärkung nachhaltigkeitsrelevanter Genderforschung und ihrer Wahrnehmung beizutragen.

Institutionelle und strukturelle Innovationen sind notwendige Voraussetzungen für eine wirkungsvolle Verankerung der Genderperspektive

Damit die Generaldirektionen die Aufgaben im Rahmen der Integration der Geschlechterdimension bewältigen können, sind Strukturen aufzubauen, die einen Austausch und wechselseitige Unterstützung gewährleisten. Innerhalb der Generaldirektionen könnten z.B. in spezifisch dafür eingerichteten Projektgruppen die das Ressort betreffenden inhaltlichen und strukturellen Neuausrichtungen unter Beteiligung der MitarbeiterInnen vorbereitet werden. Zur Unterstützung dieses Prozesses sollten Gender-Trainings, d.h. Schulungen zur Sensibilisierung für die Relevanz der Geschlechterverhältnisse, auf der höheren und mittleren Leitungs- und Mitarbeiterenebene durchgeführt werden.

Zur Unterstützung der Genderforschung im Nachhaltigkeitskontext ist es notwendig, entsprechende ExpertInnen-Pools und Netzwerke aufzubauen bzw. netzwerkfördernde Veranstaltungen anzubieten. Nicht zuletzt halten wir es für dringend angezeigt, die Vergabe von Fördergeldern und finanziellen Zuwendungen im Rahmen der Nachhaltigkeitsforschung an das Vorhandensein von Genderkompetenz bzw. von einer die Geschlechterverhältnisse berücksichtigenden Anlage des Forschungsansatzes zu binden.

Die machtvolle Teilhabe von Frauen und GenderexpertInnen bei Gestaltungsprozessen ist zu gewährleisten

Die stärkere Beteiligung von Frauen an gesellschaftlichen Prozessen zur Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie wird in allen politischen Dokumenten als dringende Notwendigkeit artikuliert. De facto partizipieren Frauen bzw. Genderexpertinnen jedoch eher an informellen Politikverfahren und nicht an formalen entscheidungsrelevanten Prozessen. Zur Weiterentwicklung der NHS ist daher die geschlechterparitätische Besetzung aller Beratungsgremien sowie der Leitungsebenen der einzelnen Generaldirektionen unerlässlich. Dies gilt insbesondere für die neu einzurichtenden Gremien ‚Runder Tisch‘ für nachhaltige Entwicklung sowie das ‚Stakeholder Forum‘ zur Bewertung der Nachhaltigkeitsstrategie. Darüber hinaus ist zu gewährleisten, dass durch die Auswahl der Personen Geschlechteraspekte und -sichtweisen angemessen vertreten sind. Für ein Empowerment von Frauen, d.h. zur geschlechtergerechten und machtvollen Teilhabe von Frauen an Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen innerhalb politischer, wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Institutionen sowie zur kontinuier-

lichen Verankerung geschlechterrelevanter Positionen im Mainstream des Nachhaltigkeitsdiskurses ist die Absicherung der Vernetzung und Zusammenarbeit von GenderexpertInnen durch die längerfristige finanzielle Unterstützung essentiell notwendig.

Vorsorgende und erfolgskontrollierende Prüfinstrumente sollten eingesetzt werden

Die in Rio verabschiedete Agenda 21 und die Aktionsplattform der 4. Weltfrauenkonferenz fordern eine Überprüfung der Wirkungen, die umwelt- und entwicklungspolitische Maßnahmen auf Frauen und Männer haben. Das Instrument des Gender Impact Assessment (GIA) wurde entwickelt, um potentielle Auswirkungen politischer Entscheidungen und Strategien auf das Geschlechterverhältnis zu erkennen. In Deutschland wurde das Instrument an einigen Fallbeispielen im Umweltressort getestet und sollte als Vorsorgeinstrument verbindlich nicht nur bei sämtlichen Gesetzgebungsvorhaben, sondern ebenso im Rahmen der politischen Maßnahmen- und Programmentwicklung (z.B. im Forschungsbereich) verankert werden. Ein weiteres Instrument, das Gender Budget, das Einnahmen und Ausgaben staatlicher, kommunaler und institutioneller Haushalte geschlechterspezifisch analysiert, befindet sich noch in der Erprobungsphase. Die Methode des „Gender Budgeting“ vermag erheblich zur Transparenz und zur geschlechtersensiblen Analyse und Planung öffentlicher Ausgaben beizutragen. Wir halten seine breite Einführung daher für dringend notwendig.

Im Sinne einer Eigenerfolgskontrolle fordern wir die Europäische Kommission auf, in ihren Berichten zum Stand der Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklung sowie der Weiterentwicklung/Anpassung der Strategie dezidiert zur Verwirklichung von Geschlechtergerechtigkeit, d.h. zu den diesbezüglichen Aktivitäten und Erfolgen der einzelnen Direktionen, Stellung zu beziehen. Um den Fortschritt bei der Verwirklichung von Geschlechtergerechtigkeit in allen Themenfeldern und politischen Entscheidungsprozessen prüfen zu können, erscheint uns die Entwicklung weiterer Maßnahmen und Aktionen sowie qualitativer Kriterien bzw. Indikatoren erforderlich.

Kontakt

genanet – Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit
LIFE e.V.
Hohenstaufenstr. 8
D-60327 Frankfurt
Fon 069.740757
Fax 069.740842
leitstelle@genanet.de
www.genanet.de

Die Stellungnahme „Eckpunkte einer nachhaltigen Entwicklung“ basiert auf einem Positionspapier, das von Dr. Christine Katz, Uni Lüneburg für **genanet** und die AG Frauen im Forum Umwelt und Entwicklung erarbeitet und in einem gemeinsamen Diskussionsprozess abgestimmt wurde.